Antrag der SPD-Fraktion zur „Auflösung des Energiekonsens“.

Zu dem im Betreff genannten Antrag vom 28.2.2012 enthaltenen Fragestellungen kann seitens der Verwaltung wie folgt Stellung genommen werden:

1. **Arbeitsplätze in Industrie- und Handwerk**

   Im Produktionsbereich sind in der Solarindustrie in Fürth zwei international tätige Firmen mehr oder weniger direkt von der Solarpolitik der deutschen Regierung betroffen. Das ist zum einen die Siemens AG bei der Produktion von Wechselrichtern, zum anderen die "Centro-Solarglas" bei der Herstellung von antireflektierendem Glas für PV-Module.
   Nach Auskunft der Geschäftsführung von „Centro-Solarglas“ hat die Firma derzeit etwa 300 Mitarbeiter, sowie Zulieferbetriebe im regionalen Umkreis. Zwar lässt sich derzeit eine Aussage im Hinblick auf den Erhalt dieser Arbeitsplätze noch nicht treffen, jedoch sind negative Auswirkungen zu befürchten, bzw. absehbar. Bspw. ist die Firma Sovelo, die nach jüngsten Meldungen erst gestern Konkurs anmeldete, ein direkter Kunde von „Centro-Solarglas", sodass sich bereits diese Insolvenz negativ für „Cento-Solarglas“ auswirken wird. Darüber hinaus ist die abrupte Kürzung der Solarförderung im Ausmaß von 30 % für die Firma als sehr negativ zu bewerten, da sie keinerlei Planungssicherheit hat im Hinblick auf die Produktion. Auch die zunehmend intensivere Konkurrenz durch Produkte aus China stellen die Unternehmen auf dem internationalen Markt vor erhebliche Probleme.

   Grundsätzlich kann sich auch "Centro-Solarglas" durchaus auf die Kürzungen bei der Förderung der Photovoltaik einstellen, nicht jedoch auf diese abrupten und durch nichts gerechtfertigten Kürzungssprünge wie sie z.Zt. seitens der Bundesregierung gehandhabt werden. Auch die derzeitige Situation nach dem Beschluss des Bundesrates kann dabei nicht weiterhelfen, da über mehrere Monate hinweg keinerlei Klarheit besteht wie denn die Förderbedingungen letztendlich aussehen. Damit fehlt dem Unternehmen wie bereits dargestellt jegliche Planungssicherheit.

   Es ist anzunehmen, dass diese Situation in ähnlicher Form zumindest auf dem nationalen Solarmarkt auch die Siemens AG im Bereich der Wechselrichter betrifft.

   Noch schlimmer und direkter trifft das derzeitige Förderchaos den mittelständischen Solarhandel und das Handwerk in der Stadt, wie in der Region. Mit Beginn des zweiten Quartals hat eine nahezu absolute Auftragsflaute eingesetzt, die die Installation von PV-Anlagen derzeit fast völlig zum Erliegen gebracht hat. Dies verdeutlicht, u.a. eine Statistik über „Anmeldungen zur Netzprüfung“ bei der infra fürth. Für 2011 bis zum jetzigen Zeitpunkt liegen dem Energieversorger etwa 80 Anträge, davon 33 aus dem Jahr 2012 mit einem Gesamt-Leistungsvolumen von mehr als 6.600 kW auf Netzprüfung für die Einspeisung von Solarstrom vor. Diesen Antragstellern kann somit ein durchaus begründetes Interesse am Bau von PV-Anlagen unterstellt werden. Bei durchschnittlichen Investitionskosten von etwa 1.800 bis 2.000 Euro pro kW resultiert daraus bei Realisierung der beantragten PV-Leistung ein Gesamtinvestitionsvolumen von über 12 Mio. Euro. Tatsächlich realisiert wurden im laufenden Jahr 2012 insgesamt 16 PV-Anlagen mit einer Leistungskapazität von ca. 150 kW, woraus sich ein Investitionsvolumen von etwa 270.000 Euro ableitet. Wenngleich es im Einzelfall unterschiedlichste Gründe sind, die letztlich ein geplantes bzw. beantragtes Vorhaben scheitern lassen, verdeutlicht die Differenz zwischen den geplanten und dem tatsächlich realisierten Investitionsumfang dennoch auf sehr drastische Weise den Einfluss der Solarpolitik der Bundesregierung auf die Investitionsentscheidung des einzelnen Vorhabensträgers und damit letztlich auch auf die Wirtschaftlich- bzw. Unwirtschaftlichkeit dieser Politik.

2. Firmen in Fürth

Neben den bereits genannten Firmen in Fürth im Industriebereich sind insbesonders mittelständische Betriebe im Solarhandel sowie etwa 14 Firmen aus dem Bereich des Sanitär und –Installationshandwerks und Elektrobetriebe von der derzeitigen Solarförderung betroffen. Am Beispiel der Aussage eines Betriebsleiters von einem regional tätigen Solarunternehmen, sei die Situation wie folgt verdeutlicht. Dieser Betrieb hatte bis etwa Ende März dieses Jahres ein Auftragsvolumen für PV-Anlagen für ca. 1 MW. Seitdem hat sich dieses Volumen auf 250 kW reduziert und es ist derzeit nicht absehbar, bzw. zu befürchten, dass sich an dieser Auftragslage kaum Merkliches ändern wird. Der Betrieb war dadurch gezwungen die Zahl seiner Arbeitskräfte von 20 auf 12 Mitarbeiter zu reduzieren. Bei der Akquisition für den Bau von PV-Anlagen ist der Betrieb ständig mit der Begründung konfrontiert, dass sich die PV-Anlagen nicht mehr rechnen, bzw. die Renditen deutlich schlechter geworden sind und wirtschaftlich kaum mehr einen Anreiz bieten. Interessierte Kunden sind in eine Art „Schockstarre“ gefallen. Zum einen aufgrund der 30 prozentigen Förderkürzungen, zum anderen sind Kunden aber auch dadurch verunsichert, dass ihnen nur mehr 80 Prozent ihres Solarstroms vergütet wird. Vor allem mittelständische Betriebe werden angesichts der derzeitigen totalen Unsicherheit über die Rahmenbedingungen der Förderung künftig Kurzarbeit einführen oder Mitarbeiter entlassen müssen, kleinere Betriebe werden den Markt nicht überleben. Wenngleich die Entscheidung des Bundesrates gegen die von der Bundesregierung beschlossene Förderpolitik im Grundsatz positiv zu bewerten ist, ist damit das Chaos noch größer geworden da zur Zeit absolute Unsicherheit hinsichtlich der Höhe der Förderung und der zusätzlichen bürokratischen Hemmnisse des novellierten EEG (Marktintegration, Einspeisemanagement, etc.) herrscht. Zurzeit weiß niemand welche Regelungen tatsächlich gelten und wie letztendlich das erst in Monaten zu erwartende Ergebnis des Vermittlungsausschusses ausehen wird.

3. Laufende Projekte

Inwieweit laufende Projekte der Kommune bspw. in Kooperation mit der Solargenossenschaft oder die geplante Freiflächenanlage in Burgfarrnbach von dem dargestellten Chaos in der Förderpolitik gefährdetet sind, lässt sich erst dann einigermaßen beurteilen, wenn tatsächlich verlässliche und langfristig gesicherte Rahmenbedingungen seitens des Bundes geschaffen sind.
Jedenfalls lässt sich bereits jetzt bezweifeln, ob die Stadt das selbstgesteckte Ziel von 1 MW Zubauleistung pro Jahr, geschweige die in den letzten beiden Jahren erzielten Zuwächse von 3 MW, erreichen wird.

4. Energiewende ohne Ausbau des Solarstroms

Um die Energiewende auf kommunaler oder auf Bundesebene zu schaffen ist es erforderlich alle Ressourcen die die Erneuerbaren regional unterschiedlich zur Verfügung stellen, zu nutzen. Hierzu zählen Windenergie, Biomasse, Wasser und eben auch die Sonne. Da im Stadtgebiet Fürth von diesem Bündel im Wesentlichen nur die Sonne genutzt werden kann, ist es unbedingt erforderlich. das Potential das hierzu vor allem auf Gebäuden zur Verfügung steht, auch tatsächlich zu nutzen.

Wie die Potentialanalyse ergeben hat, könnten allein über die Sonnenenergie bei Nutzung dieser Dachressourcen mindestens zwanzig, maximal 30 Prozent des Gesamtstrombedarfs durch die Sonne gedeckt werden. Mit dem Ausbau der Leistungskapazität der Photovoltaik von aktuell deutlich über 15 MW, hat die Stadt Fürth innerhalb der letzten 10 Jahre an die 15 Prozent dieses Potenzials genutzt. Wollte man etwa 50 Prozent dieses Potentials mittelfristig – also bis 2020 – realisieren, so ist eine jährliche Ausbauleistung von ca. 4-5 MW erforderlich. Hierzu bedarf es allerdings einer Energiepolitik, die sowohl den Kommunen als auch dem hohen Interesse der Bevölkerung am Ausbau der Solarpolitik langfristige Planungssicherheit und Verlässlichkeit gewährleistet.
Allerdings bedarf es auch eines kontinuierlichen Einsatzes der Kommune selbst, um die jeweiligen Rahmenbedingungen in konkrete Projekte vor Ort und eine ständige Betreuung der investitionsbereiten Bürgerschaft umzusetzen.

Fürth, 15. Mai 2012
der Solarbeauftragte

Gerdenitsch